

Bremischer Gewerkschaftstag am 24./25. November 2014

Beschluss

Bessere Arbeitsbedingungen

Bedarfsgerechte Bildungsfinanzierung

Für ein hochwertiges demokratisches Bildungswesen!

Forderungen der GEW zur Bürgerschaftswahl

Die GEW - Fachleute für Bildung

Die GEW ist mit ihren 5000 Mitgliedern die weitaus größte Organisation von Pädagoginnen und Pädagogen im Lande Bremen. Sie tritt für bessere Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in allen Bildungsbereichen ein. Zugleich setzt sie sich dafür ein, dass allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen durch gute Bildung umfassende Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden. Bildung ist laut Bremer Landesverfassung ein Grundrecht, das der demokratische Sozialstaat zu realisieren hat.

Bildung ist unterfinanziert

Die sozialen Probleme im Stadtstaat Bremen sind unübersehbar. Das schafft Bedingungen unter denen an alle Bildungseinrichtungen außerordentlich hohe Anforderungen gestellt werden: Ihre zentrale Aufgabe ist es, einen Beitrag zur Solidarisierung und zur umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe zu leisten, ein hohes Qualifikationsniveau zu erreichen und zur Entwicklung demokratischen Bewusstseins beizutragen. Um diese Aufgaben zu lösen, müssen sie bedarfsgerecht ausgestattet sein. Die Bildungseinrichtungen im Lande Bremen sind jedoch unterfinanziert. Dies führt zu einer immer höheren Arbeitsbelastung aller im Bildungsbereich Beschäftigten und gefährdet ihre Gesundheit. Darüber hinaus ist auch die Qualität der Arbeit und ihrer Ergebnisse gefährdet. Nur mit besserer Bildungsfinanzierung, unter Verzicht auf bildungspolitische Hektik und mit weit mehr demokratischer Beteiligung der Betroffenen werden die gesteckten Ziele zu erreichen sein.

Daher fordert die GEW:

Bedarfsgerechte Personal- und Sachmittelausstattung der Schulen

- Anhebung des jährlichen Personalhaushaltes der Schulen in der Stadtgemeinde Bremen um mindestens 20 Mio. Euro und eine entsprechende Erhöhung der Personalmittelzuweisung für die Stadtgemeinde Bremerhaven. Diese Mittel müssen vor allem eingesetzt werden, um die notwendigen Standards für die Inklusion einzuhalten.
- Ausbau der Schulsozialarbeit.

- **Schulpolitischer Grundsatz der GEW**
- Die GEW fordert sofortige Schritte zu "Einer Schule Für Alle" ab 2018.

Korrektur schulpolitischer Fehlentscheidungen, u. a.

- Wiederezulassung von Oberstufenzentren im Schulgesetz. Bis dahin sind in der Stadtgemeinde Bremen Oberstufen-Verbünde zu schaffen, denen alle Oberschulen im Stadtteil gleichberechtigt zugeordnet sind.
- Priorität des Wohnortes bei der Aufnahme in die Oberschule.
- Grundschulen sollen vorrangig zu gebundenen Ganztagschulen ausgebaut werden.

Demokratische Beteiligung an den Schulen

- Erweiterung der Mitbestimmungsrechte aller Beschäftigten, der Eltern und SchülerInnen. Schulgremien müssen bei der Bestellung von Personen für die Schulleitung wieder ein Votum erhalten.

Verbesserung der LehrerInnenausbildung

- Reduzierung des bedarfsdeckenden Unterrichts der Referendarinnen und Referendare und höhere und festgeschriebene Entlastung der Mentorinnen und Mentoren.
- Einrichtung des Faches Inklusive Pädagogik für alle Schulstufen an der Uni Bremen

Abbau prekärer Beschäftigung

- Übernahme der bei nicht tarifgebundenen Trägern und bei Schulvereinen beschäftigten pädagogischen MitarbeiterInnen an Schulen in den öffentlichen Dienst
- Tarifliche Bezahlung und eine vertragliche Arbeitszeit, die eine Sicherung des Lebensunterhalts ermöglicht.
- Aufstockung geht vor Neueinstellung.
- Aufnahme der Lehrbeauftragten, Honorarkräfte und Werkverträge in den Geltungsbereich des Bremischen Personalvertretungsgesetzes.

Ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen

- Sicherstellung einer ausreichenden, dauerhaften Grundfinanzierung der Hochschulen, um Rahmenbedingungen zu schaffen, welche bedarfs- und nachfragegerecht die inhaltliche Vielfalt und die Qualität von Lehre und Forschung gewährleisten.
- Kein Abbau von Studienplätzen und keine Reduktion des Studienangebots aus finanziellen Gründen.

Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft

- Dauerstellen für Daueraufgaben.
- Einhaltung von Mindeststandards bei befristeten Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere hinsichtlich Vertragslaufzeit und Stellenumfang.

Bessere personelle Ausstattung im KiTa-Bereich

- Mindestens zwei pädagogische Fachkräfte müssen pro Gruppe für die gesamte Betreuungszeit zur Verfügung stehen. Im Hinblick auf Vorbereitungszeiten, Entwicklungsgespräche, Besprechungen, krankheitsbedingte Ausfälle, Fortbildungen, Urlaub etc. muss regelhaft Vertretung gewährleistet sein.

Förderung der anerkannten Weiterbildung

- Die nach dem Bremischen Weiterbildungsgesetz anerkannten Weiterbildungseinrichtungen sind mit einem Sockeletat von 2 Millionen p.a. ab dem Jahr 2015 auszustatten.
- Dieser Etat ist von Doppelhaushalt zu Doppelhaushalt anzupassen.